Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialabteilung

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1956)**

PDF erstellt am: **05.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-417528

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1956

Bericht der Präsidialabteilung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Dr. M. Gafner**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Dr. R. Bauder**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Dr. R. Bauder**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **H. Huber**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr wurden in 4 kantonalen und 3 eidgenössischen Abstimmungen über 6 kantonale und 5 eidgenössische Vorlagen abgestimmt.

1. Kantonale Volksabstimmungen

Am 4. März wurden dem Bernervolk folgende Vorlagen zum Entscheid unterbreitet:

a) Staatsverfassung: Ergänzung von Art. 26 Ziff. 3 betreffend Amtsdauer der Ständeräte;

b) Gesetz über die Abänderung einiger Bestimmungen des Gemeindegesetzes (Frauenstimmrecht).

Während die erste Vorlage mit 63 820 Ja gegen 48 498 Nein, also mit 15 322 Stimmen angenommen wurde, wurde die zweite mit 52 927 gegen 63 051 Stimmen, also mit 10 124 Stimmen verworfen.

Die Stimmbeteiligung betrug 47,74%; es gingen von 250 485 Bürgern 119 493 an die Urne.

Die zweite Abstimmung fand am 13. Mai statt über den Gesetzesentwurf über die direkten Staats- und Gemeindesteuern (Abänderung und Ergänzung). Für die Vorlage wurden 77 854 und dagegen 29 015 Stimmen abgegeben, so dass der Gesetzesentwurf mit einem Mehr von 48 839 Stimmen angenommen wurde. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug an diesem Abstimmungstag 250 076, von denen 109 781 oder 43,89 % an die Urne gingen.

In der dritten Volksabstimmung vom 2. September wurden den Stimmberechtigten drei Vorlagen unterbreitet:

a) Gesetz über die Besoldungen der Lehrerschaft an den Primar- und Mittelschulen, welches mit 33 680 gegen 19 327 Stimmen, also mit einem Mehr von 14 353, angenommen wurde;

b) Volksbeschluss über die Bewilligung eines Kredites für den Umbau und die Renovation des Schlosses Pruntrut. Für den geforderten Kredit stimmten 35 967, dagegen 17 011 Bürger, so dass dieser mit 18 956 Stimmen bewilligt wurde;

c) Volksbeschluss betreffend Kredit für den Neu- und Umbau der Molkereischule Rütti. Diese Vorlage wurde angenommen mit 35 915 gegen 16 795 Stimmen, also mit einem Mehr von 19 120.

Für diese drei wichtigen Abstimmungen bemühten sich von 250 907 Stimmberechtigten nur 53 865 an die Urne oder 21,47 %.

In einer vierten kantonalen Volksabstimmung vom 9. Dezember entschied das Volk über folgende zwei Vorlagen:

a) Gesetz über die Hypothekarkasse;

b) Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenfürsorge.

Der erste Gesetzesentwurf wurde mit 52 732 gegen 23 091 Stimmen angenommen. Die annehmende Mehrheit betrug 29 641 Stimmen. Für das zweite Gesetz wurden 67 633 Stimmen abgegeben, dagegen 9501, so dass die annehmende Mehrheit 58 132 Stimmen betrug.

Die Zahl der Stimmberechtigten wurde festgestellt auf 251 032, von welchen 79 851 oder 31,80 % ihrer Bürgerpflicht nachkamen.

2. Eidgenössische Volksabstimmungen

Gleichzeitig mit den kantonalen Abstimmungen wurde am 4. März über den Bundesbeschluss über die befristete Weiterführung einer beschränkten Preiskontrolle (Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Verfassungszusatzes vom 26. September 1952) abgestimmt.

Im Kanton Bern wurde dieser Bundesbeschluss angenommen, und zwar mit einer Mehrheit von 62 708 Stimmen, wobei 90 382 dafür und 27 674 dagegen abgegeben wurden.

In eidgenössischen Angelegenheiten waren 251 323 Stimmberechtigte, von denen sich 119 618 oder 47,59 % an die Urne begaben.

In der nächsten eidgenössischen Abstimmung vom 13. Mai wurden dem Volk zwei Vorlagen unterbreitet:

a) Bundesbeschluss über das Volksbegehren zur Erweiterung der Volksrechte bei der Erteilung von Wasserrechtskonzessionen durch den Bund;

b) Bundesbeschluss über Massnahmen zur Stärkung der Wirtschaft des Kantons Graubünden durch Gewährung einer Hilfe an die Holzverzuckerungs-AG (Hovag).

Beiden Vorlagen hat das Bernervolk nicht zugestimmt. Die erste wurde mit 38 474 Ja gegen 66 729 Nein verworfen, also mit einer Mehrheit von 28 255, während in der zweiten Vorlage die verwerfende Mehrheit nur 1373 Stimmen betrug, bei 53 360 Ja und 54 733 Nein.

Auch bei dieser Abstimmung blieb die Beteiligung der Berner Stimmberechtigten unter dem eidgenössischen Durchschnitt. Von 250 889 Stimmberechtigten gingen 110 035 oder 44,25 % an die Urne.

Auch in der dritten eidgenössischen Abstimmung, die am 30. September stattfand, wurden den Stimmberechtigten zwei Vorlagen vorgelegt. Beide wurden vom Bernervolk verworfen, nämlich

a) der Bundesbeschluss über die Brotgetreideordnung des Landes mit 34 669 gegen 50 219 Stimmen oder mit einem Mehr von 15 550;

b) der Bundesbeschluss über das Volksbegehren betreffend Ausgabebeschlüsse der Bundesversammlung mit 33 422 Ja gegen 49 963 Nein, also mit einer Mehrheit von 16 541 Stimmen.

Auch bei dieser eidgenössischen Abstimmung bemühten sich nur 34,13 % im Kanton Bern stimmberechtigter Bürger an die Urne, nämlich 85 910 von insgesamt 251 670.

Grosser Rat

Der Grosse Rat tagte in 4 Sessionen (davon eine ausserordentliche im Februar/März) mit insgesamt 48 Sitzungen.

Bis zum 31. Mai amtete als Präsident Werner Bickel, Kirchenverwalter in Bern.

Für das Jahr 1956/57 rückte als Grossratspräsident Dr. Reynold Tschäppät, Adjunkt der Eidgenössischen Polizeiabteilung in Bern, nach. Als Vizepräsidenten wurden gewählt Hans Tschanz, Landwirt in Grosshöchstetten, und Jules Schlappach, Fürsprecher in Tavannes.

Zu Beginn der Novembersession gedachte der Grossratspräsident in einer Ansprache der Opfer des Aufstandes des ungarischen Volkes. Der Grosse Rat beschloss, von den rund 10 000 Flüchtlingen aus Ungarn, welche die Schweiz aufnahm, 1500 im Gebiet des Kantons Bern unterzubringen und ihnen Arbeit zu beschaffen. Er bewilligte für die Ungarnhilfe einen Betrag von Fr. 100 000. Ferner verzichteten die Mitglieder des Grossen Rates zugunsten einer Weihnachtshilfe für ungarische Flüchtlinge auf ein Taggeld. Den daherigen Betrag von Fr. 7720, den der Regierungsrat auf Fr. 8000 aufrundete, wurde den bernischen Frauenvereinen zur Verfügung gestellt, welche die Verteilung der Weihnachtsgeschenke in verdankenswerter Weise an die Hand nahmen.

Damit alle Fraktionen vertreten seien, wurde die Zahl der Stimmenzähler von 5 auf 6 erhöht. Neben den bisherigen Mitgliedern, die in der Maisession alle bestätigt wurden, wurde gewählt Bernard Ackermann, Landwirt in Bourrignon.

Bei den übrigen ständigen Kommissionen sind folgende Änderungen zu verzeichnen:

Staatswirtschaftskommission: Die Zahl der Mitglieder ist von 9 auf 11 erhöht worden, um eine Vertretung der Fraktion der katholischen Volkspartei zu ermöglichen. Es wurden neu gewählt Ed. Tschannen, Gemeindekassier in Muri, und Joseph Vallat, Fürsprecher in Pruntrut.

Justizkommission: An Stelle des nach 2 Amtsperioden zurücktretenden Sylvain Michel wurde Bernhard Wüthrich, Landwirt in Langnau, gewählt.

In die Paritätische Kommission ist nach der Geschäftsordnung alljährlich der Präsident neu zu wählen. An Stelle von Notar Fr. Moser in Wangen wurde durch die Kommission Dr. J. P. Châtelain, Delsberg, gewählt. Als neuer Vizepräsident wurde Erwin Schneider, Parteisekretär in Bern, bestellt. An Stelle des im Jahr 1955 zurückgetretenen Walo v. Greyerz als Vertreter des alten Kantonsteils wurde neu gewählt Dr. Paul Schaffroth, Gemeinderat in Biel, und an Stelle des zurückgetretenen Dr. R. Weibel (jurassischer Landesteil) W. Jeisy, Landwirt und Holzhändler in Blauen.

Wahlprüfungskommission: An Stelle des aus dem Rat ausscheidenden E. Giroud wurde R. Wittwer, Uhrmacher in Reconvilier, gewählt.

Als Mitglied der Kantonalbankkommission, zugleich Mitglied der Aufsichtskommission der Kantonalbank, trat Grossrat Lanz in Steffisburg zurück. Er wurde ersetzt durch Grossrat Arnold Kunz, Viehzüchter in Oey-Diemtigen. Das bisherige Mitglied der Aufsichtskommission, Notar Ernst Leuenberger in Trubschachen, musste infolge seiner Wahl in den Grossen Rat zurück-

treten und ist ersetzt worden durch Walter Kipfer, Prokurist in Trub.

Als Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern wurde für eine Amtsdauer von 4 Jahren wiedergewählt a. Regierungsrat H. Stähli in Bern.

Der Grosse Rat hatte im übrigen noch folgende Wahlen zu treffen.

Obergericht: Oberrichter Hans Wüthrich ist im Jahr 1955 zum Mitglied des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes gewählt worden. An dessen Stelle wurde als neuer Oberrichter gewählt Dr. Hans Leist, Fürsprecher in Wynau. An Stelle des verstorbenen Oberrichters R. Loder wurde gewählt Dr. Ernst Jaberg, bisher Gerichtspräsident/Regierungsstatthalter in Erlach. Für den neu gewählten Oberrichter Dr. Leist wurde als Ersatzmann des Obergerichtes gewählt Dr. R. Holzer, Gerichtspräsident in Bern.

Verwaltungsgericht: Infolge seiner Wahl zum Ersatzmann des Obergerichtes trat Dr. Holzer als Mitglied des Verwaltungsgerichtes zurück. An seine Stelle wählte der Grosse Rat Wilfried Lüthi, Gerichtspräsident in Bern.

Handelsgericht: In der Novembersession wurden die kaufmännischen Mitglieder des Handelsgerichtes wiedergewählt. Vor dieser Neuwahl trat noch Marcel Graf in Delsberg zurück und wurde durch Marcel Tendon, Bäcker in Courfaivre, ersetzt.

Rekurskommission: Die aus Altersrücksichten zurückgetretenen J. Baumgartner, Langenthal, und Christian Wüthrich, Trub, wurden ersetzt durch Joh. Mathys, Langenthal, und Theophil Kipfer, Langnau.

Rindviehzuchtkommission: An Stelle des verstorbenen W. Bärtschi in Gümligen wird als neues Mitglied gewählt Peter Wüthrich, Landwirt in Niederbottigen.

Im Grossen Rat selber traten als Mitglieder zurück: Rudolf Etter, Aarwangen; Dr. H. Leist, Wynau; Emile Giroud, Bern; Dr. R. Weibel, Laufen; Franz Neuenschwander, Oberdiessbach; W. Schwarz, Langnau, und Fred Lehmann, Brügg. P. Spychiger, Walliswil-Wangen, erlitt einen tödlichen Unfall. Die Ausgeschiedenen wurden ersetzt durch Joh. Flückiger, Landwirt, Melchnau; Ernst Duppenthaler, Gemeindepräsident, Lotzwil; Ernest Comte, Fabrikarbeiter in Courrendlin; Walter Jeisy, Landwirt und Holzhändler in Blauen; Paul Schärer, Kaufmann in Münsingen; Ernst Leuenberger, Notar in Trubschachen; Rudolf Bär, Gemeindeschreiber in Nidau, und Hans Kautz, Lehrer in Herzogenbuchsee.

Der Regierungsrat dankt, soweit an ihm, den Zurückgetretenen für die dem Staate geleisteten Dienste.

Folgende wichtige Geschäfte wurden im Berichtsjahr behandelt:

1. Gesetze

Alters- und Hinterlassenenfürsorge, 1. und 2. Beratung.
Bauvorschriften, 1. Beratung (ohne Art. 6 betreffend Landwirtschaftszonen, welcher erst in der Februarsession 1957 behandelt wurde).
Besoldungen der Lehrerschaft an den Primar- und Mittelschulen, 1. und 2. Beratung.
Direkte Staats- und Gemeindesteuern; Abänderung und Ergänzung, 2. Beratung.
Geldbeschaffung zur Bekämpfung der Tuberkulose, Kinderlähmung, Rheumakrankheiten und anderer langdauernder Krankheiten, 1. und 2. Beratung.
Hypothekarkasse des Kantons Bern, 1. und 2. Beratung.
Kantonale technische Schulen, 1. Beratung.
Mittelschulen, 1. und 2. Beratung.

Ferner fand je die 1. Lesung statt über die Gesetzesentwürfe betreffend Abänderung des Gesetzes vom 30. April 1921 (Einführung des dauernden Stimmrechtsausweises) und des Gesetzes betreffend die Hundetaxe. Für beide Gesetzesvorlagen ist auf die 2. Lesung verzichtet worden. Der erste Gesetzesentwurf wurde vom Regierungsrat zurückgezogen, der zweite auf Antrag der grossrätlichen Kommission.

2. Dekrete

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 43 Dekrete behandelt, worunter zahlreiche betreffend die Besoldungsverhältnisse des Staatspersonals und der Lehrerschaft sowie Ausführungsdekrete zum Lehrerbesoldungsgesetz. Es seien daneben als wichtigere Geschäfte noch erwähnt:
Aufteilung der amtlichen Werte von Wasserkräften auf die beteiligten Gemeinden.
Einteilung des Kantons in Primarschulinspektoratskreise.
Finanzverwaltung in den Gemeinden.
Steuerteilung unter bernischen Gemeinden.
Verfahren bei Volksabstimmungen und Wahlen, Abänderung und Ergänzung des Dekretes vom 10. Mai 1921.

3. Volksbegehren und Volksbeschlüsse

Folgende Vorlagen wurden zuhanden der Volksabstimmung bereinigt:
Beteiligung des Staates Bern am Umbau des SBB-Personenbahnhofes Bern und an der unterirdischen Einführung der Solothurn-Zollikofen-Bern-Bahn.
Umbauten und Erweiterung von bestehenden Gebäuden des botanischen Instituts der Universität Bern.
Umbau und Renovation des Schlosses Pruntrut und Neu- und Umbau der Molkereischule Rütti.
Umbau der Gebäude Kramgasse 20–24 und Metzgergasse 17–21 (Kantonale Polizeidirektion).

4. Andere Geschäfte

Neben dem Staatsverwaltungsbericht, der Staatsrechnung und dem Voranschlag sind im Grossen Rat im Berichtsjahr noch insgesamt 222 sog. Direktionsgeschäfte behandelt worden. Als wichtigere mögen hier erwähnt werden:
Nachkredit von Fr. 200 000 für Abgabe von verbilligtem Impfstoff für Zwecke der öffentlichen Impfung gegen Kinderlähmung.
Beteiligung der BKW an den Kraftwerken Hinterrhein-AG.
Swissair, Schweizerische Luftverkehrs-AG, Vermehrung der Kapitalbeteiligung.

5. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahr 1955 waren im Berichtsjahr noch 10 Motionen zu behandeln. Es wurden 31 neue eingereicht. Von den 41 Motionen wurden im Jahr 1956

34 erledigt, wovon 4 durch Rückzug. Für die 7 verbleibenden wurde die Behandlung auf das nächste Jahr verschoben. Aus dem Jahr 1955 waren noch 2 Postulate hängig. Im Berichtsjahr wurden 21 neue eingereicht. Von den 23 Postulaten wurden vom Rat 19 behandelt, 4 wurden auf das nächste Jahr verschoben.

Der Regierungsrat beantwortete 48 Interpellationen, 8 wurden zurückgezogen.

Die Antworten auf 35 Einfache Anfragen wurden dem Rat schriftlich ausgeteilt.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor der Justiz und des Militärs, Dr. M. Gafner.

Am 1. Juni übernahm Regierungsrat Dr. R. Bauder, Direktor der Polizei, das Amt des Regierungsratspräsidenten. Als Vizepräsident wählte der Grosse Rat H. Huber, Direktor des Fürsorgewesens.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 106 Sitzungen ab, in welchen 7968 Geschäfte, 383 mehr als im Vorjahr, behandelt wurden.

In der Zuteilung der Direktionen des Regierungsrates fanden keine Änderungen statt.

Der Regierungsrat hat wie bisher die Weiterentwicklung im Jura aufmerksam verfolgt und besprach in mehreren Sitzungen die Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil. Ebenso vermittelte er mit Erfolg zwischen der Bevölkerung und dem Eidgenössischen Militärdepartement in der Frage der Errichtung eines Waffenplatzes in den Freibergen, wobei er von der ADIJ ein Gutachten über die Errichtung eines Waffenplatzes im Jura einholte.

Wie bereits im Verwaltungsbericht des vorhergehenden Jahres ausgeführt, hat der Regierungsrat im Auftrag der grossrätlichen Kommission eine Vorlage ausgearbeitet betreffend Abänderung des Gesetzes über Volksabstimmungen und Wahlen vom 30. Januar 1921 (Einführung des dauernden Stimmrechtsausweises). Dieser Entwurf wurde im Grossen Rat am 23. Mai in erster Lesung angenommen, allerdings nur mit 119 gegen 23 Stimmen. Angesichts dieser Neinstimmen und der vielen Enthaltungen sowie einer gewissen Gegnerschaft gegen den dauernden Stimmrechtsausweis in den drei grössern Städten verzichtete die Kommission auf die Behandlung dieses Gesetzesentwurfes in 2. Lesung. Der Regierungsrat schloss sich diesem Antrag an und unterbreitete dem Grossen Rat nochmals den Entwurf zu einem Dekret über das Verfahren bei Volksabstimmungen und Wahlen (Abänderung und Ergänzung). Darin wurden die Bestimmungen, welche sich mit der Einführung des dauernden Stimmrechtsausweises befassten, nicht mehr aufgenommen. Sonst handelte es sich aber um das gleiche Dekret, welches der Grosse Rat bereits am 2. Mai 1955 durchberaten hatte, wobei er nur die Schlussabstimmung verschob. Nach Annahme dieses Dekretsentwurfes durch den Grossen Rat hat der Regierungsrat die Regierungsstatthalter, denen vermehrte Entscheidung und Aufsichtskompetenzen eingeräumt wurden, in einem Kreisschreiben auf die Neuerungen aufmerksam gemacht und von ihnen einen Bericht über die getroffenen Massnahmen, insbesondere betreffend Aufstellung von Neben- und Bahnhofurnen, verlangt. Die Behandlung der Berichte erfolgt im nächsten Geschäftsjahr.

Das Gesetz zur Ergänzung von Art. 26 Ziff. 13 der Staatsverfassung (Amtsdauer der Ständeräte), welches der Grosse Rat im Jahr 1955 durchberaten hatte, ist vom Bernervolk am 4. März 1956 angenommen worden. Dieser Verfassungsänderung stimmte ebenfalls die Bundesversammlung am 27. Juni 1956 zu, so dass sie nunmehr in Kraft getreten ist.

Gemäss § 2 Abs. 3 des Dekretes vom 4. Mai 1955 betreffend die Organisation der Justizdirektion kommt im Beschwerdefall der Präsidialabteilung die Instruktion und Antragstellung gegen Verfügungen und Entscheide der Justizdirektion zu. Im Berichtsjahr war erstmals ein solcher Fall zu behandeln, indem ein durch die Justizdirektion disziplinarisch bestrafter Notar Rekurs einreichte. Nach durchgeführter Instruktion ist der Rekurs dann zurückgezogen worden.

Über die einzelnen andern wichtigeren Geschäfte, die im Regierungsrat behandelt wurden, verweisen wir auf die Verwaltungsberichte der Direktionen.

Bezirksbeamte

Im Bestand der Bezirksbeamten traten während des Berichtsjahres folgende Änderungen ein:

Bern: An Stelle des verstorbenen Regierungsstatthalters, Notar Alexander Maurer, wurde neu gewählt Notar Robert Nyffeler, Amtsschaffner, Bern. Am 19. November 1956 genehmigte der Grosse Rat einen Dekretsentwurf betreffend die Organisation der Betreibungsämter und des Konkursamtes des Amtsbezirkes Bern. Demnach werden in Zukunft im Amtsbezirk Bern drei Betreibungs- und Konkursbeamte gewählt. Der bisherige Amtsinhaber, Notar Martz, übernahm die Leitung des Konkursamtes. Die Wahl der beiden neuen Betreibungsbeamten fällt in das nächste Berichtsjahr.

Erlach: Dr. E. Jaberg, Gerichtspräsident/Regierungsstatthalter, wurde zum Oberrichter gewählt. Er wurde ersetzt durch Fürsprecher Karl Rauber, bisher Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter in Schwarzenburg.

Laupen: An Stelle des zum 2. Sekretär der kantonalen Finanzdirektion gewählten Notar Fritz Stalder wurde als Gerichtsschreiber/BetreibungsbeamterFürsprecher Theo Streit, Bern, gewählt.

Münster: In diesem Amtsbezirk war gemäss Dekret vom 4. September 1956 ein zweiter Gerichtspräsident zu wählen. Die Wahl fiel auf Fürsprecher Raymond Carnal, bisher Gerichtsschreiber in Münster. Es war ferner an Stelle des zurückgetretenen Maurice Beuret ein neuer Betreibungs- und Konkursbeamter zu wählen. Der bisherige Stellvertreter des Betreibungsbeamten, Walter Ackermann, rückte an die freigewordene Stelle nach.

Nidau: Durch Dekret vom 22. Februar 1956 betreffend die Organisation des Regierungsstatthalter- und Richteramtes im Amtsbezirk Nidau wurde die Vereinigung dieser Beamtungen aufgehoben. Der bisherige Amtsinhaber entschied sich für das Amt des Gerichts-

präsidenten. Als neuer Regierungsstatthalter wurde Fred Lehmann, Lehrer in Brügg, gewählt.

Schwarzenburg: An Stelle des zum Regierungsstatthalter von Erlach gewählten Karl Rauber wurde Notar Walter Kupferschmid in Burgdorf zum Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamten gewählt.

Thun: Durch Dekret des Grossen Rates vom 4. September 1946 wurde die Zahl der im Amtsbezirk Thun zu wählenden Gerichtspräsidenten von zwei auf drei erhöht. An die neu geschaffene Stelle wurde gewählt Fürsprecher Dr. Aldo Zaugg, bisher Gerichtsschreiber in Burgdorf.

Bei allen diesen Ersatzwahlen wurden jeweils nicht mehr Kandidaten aufgestellt als Sitze zu besetzen waren, so dass überall stille Wahlen stattfinden konnten.

Amtsrichter

Im Bestand der Amtsrichter traten folgende Änderungen ein:

Biel: Infolge Erreichung der Altersgrenze sind auf Ende des Jahres zurückgetreten: R. Moser, T. Steiner und F. Ernst, alle in Biel. Es wurden gewählt Emil Rufer, Sekretär, Norbert Guenin, Buchdrucker, und Friedrich Scholl, Polizeifeldweibel, alle in Biel.

Burgdorf: An Stelle des auf Ende des Berichtsjahres zurücktretenden F. Eichenberger in Burgdorf wurde gewählt Walter Baumann, Carrossier in Burgdorf.

Delsberg: E. Châtelain in Delsberg ist zurückgetreten. An dessen Stelle wurde gewählt René Joliat, Gemeindeschreiber in Courtételle.

Neuenstadt: An Stelle des verstorbenen Jules Conrad in Nods wurde gewählt sein Namensvetter Jules Conrad, Landwirt in Nods.

Oberhasli: Im Berichtsjahr trat wegen Erreichung der Altersgrenze zurück O. Neuenschwander in Meiringen, während A. Tännler in Innertkirchen infolge Hinschiedes zu ersetzen war. Es wurden neu gewählt Hans Sulzer, pens. Lokomotivführer SBB in Meiringen, und Chr. Zumbrunn-Santschi, Landwirt in Unterbach-Meiringen.

Signau: An Stelle des im Jahr 1955 verstorbenen L. Kilchenmann in Langnau wurde gewählt Ernst Eduard Moser, Drechslermeister, Langnau.

Alle diese Ersatzwahlen konnten im stillen Verfahren erledigt werden.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Für die im Berichtsjahr nötigen Ersatzwahlen fanden keine öffentlichen Wahlgänge statt. Es wurden gewählt:

Biel: An Stelle der aus Altersrücksichten zurückgetretenen O. Flückiger und W. Friedrich, beide in Biel: H. Guenin, Sekretär, und Emil Rufer, Gewerkschaftssekretär, beide in Biel.

Münster: An Stelle des verstorbenen E. Faigaux in Malleray: Benoit Berger, Landwirt in Tavannes.

Thun: An Stelle des zum Amtsrichter gewählten R. Thöni in Steffisburg: Joh. Ed. Mühlemann, Geschäftsführer in Thun.

Wangen: An Stelle des tödlich verunglückten R. Spychiger in Walliswil-Wangen: Gottfried Glauser, Mechaniker.

Staatskanzlei

Folgende Zahlen geben Auskunft über den Geschäftsgang (Vorjahr):

An die Direktionen überwiesene Eingänge: 2012 (1923).

Überweisungen an den Grossen Rat: 448 (442).

Drucksachenbestellungen: Verkaufssumme Fr. 97 198.60 (Fr. 126 376.80).

Beglaubigungen von Unterschriften: 30 020 (31 577), für welche Gebühren von Fr. 36 630.15 (Fr. 37 181.55) verrechnet wurden; davon vom Regierungsstatthalter oder von Gemeinden Fr. 24 602 (Fr. 25 217), belegt vom Legalisationsbureau oder durch Barverkauf Fr. 12 028.15 (Fr. 11 807.85).

Im Anweisungsverkehr wurden 2565 (2350) Geschäfte erledigt, die einen Ertrag an Gebühren von Franken 202 372.40 (Fr. 207 167.95) ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3833 Geschäfte, wovon 1115 des Regierungsrates. Die zahlreichen Arbeiten und Übersetzungen für die Veröffentlichung im französischen Amtsblatt sind noch dazuzurechnen.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratssaal 74 Sitzungen, davon 26 Stadtratssitzungen, abgehalten und die Rathaushalle für 27 Anlässe benützt. Die Kommissionszimmer wurden von den Direktionen für 221 Sitzungen benützt, wozu noch 50 Kommissionssitzungen des Grossen Rates kommen.

Soweit es sich bei der Benützung der Räumlichkeiten im Rathaus nicht um amtliche Anlässe handelt, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben, die im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 7891.40 (inkl. Stadtrat Fr. 2321.50) erreichten.

Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 173 Besuche unseres Rathauses mit rund 3500 Personen. Ungefähr die Hälfte dieser Besuche fiel wiederum auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs

I. Personelles

Auf 31. Dezember 1956 trat der verdiente Adjunkt des Staatsarchivs, Emil Meyer, in den Ruhestand über. In 42 Dienstjahren hat er dem Staat, den Benützern des Staatsarchivs und der Wissenschaft ausgezeichnete Dienste geleistet. Als Nachfolger wurde mit Amtsantritt auf 1. Januar 1957 gewählt der bisherige wissenschaftliche Assistent Christian Lerch, als wissenschaftlicher Assistent mit Amtsantritt auf 15. März 1957 Dr. Heinz Weilenmann, Gymnasiallehrer.

II. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 353 Besuchern mit 2205 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 945 mündlich und 576 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs

An Geschenken, die im Berichtsjahr dem Staatsarchiv überreicht wurden, seien eine Anzahl Bände und Broschüren zur bernischen Geschichte aus dem Nachlass des frühern Staatsarchivars G. Kurz erwähnt, welche dessen Tochter dem Staatsarchiv zukommen liess, ferner eine Anzahl von Bildern von Heimatlosen, die der Bundesarchivar unserm Institut überwies. Für eine Reihe einzelner Bände und Broschüren, welche von einer grössern Anzahl von Gebern unserer Bibliothek im Laufe des Jahres geschenkt wurden, sei hier summarisch gedankt.

Als bedeutende Leihgabe wurde vom Staatsarchiv auf Ende des Jahres das Archiv des Synodalrates in Obhut genommen.

Den ordentlichen Ablieferungen der Verwaltung an das Staatsarchiv kam im Berichtsjahr keine grosse Bedeutung zu. Es wurden übernommen von der kantonalen Rekurskommission die Akten des Jahres 1934 (30 Mappen), von der Forstdirektion 107 Wildhüter- und Fischereiaufseher-Tagebücher der Jahre 1930–1945, von der Finanzdirektion 126 Urkunden aus dem Amtsbezirk Bern, die Jahre 1934–1955 betreffend und vereinzelte andere, sowie vom Vermessungsamt einige Grenzpläne der Solothurner und Walliser Grenze.

Ausserdem wurden von einigen Dienststellen dem Archiv Akten zur vorübergehenden Aufbewahrung anvertraut.

Die Bibliothek vermehrte sich um 439 Bände, 284 Broschüren und 114 Blätter, wovon 236 Bände, 260 Broschüren und 90 Blätter dem Archiv geschenkt oder abgeliefert wurden.

IV. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (bis 1831) wurde die Revision der Urkunden des alten Kantonsteils zum Abschluss gebracht. Es wurden gereinigt, neu verpackt und neu registriert die Urkunden der Fächer Thun, Trachselwald und Wangen. In gleicher Weise wurde das sog. «Äussere Archiv», das die Urkunden der Beziehungen Berns zu andern Kantonen und zum Ausland enthält, einer Revision unterzogen. Hier wurden im Berichtsjahr die Fächer Bistum Basel und Bistum-Grenzen (vorbernische Zeit), Eidgenossenschaft Aargau und Freiburg behandelt.

In der neuen Abteilung wurde die Abteilung Gemeindewesen von 1831 bis 1925 weiter bearbeitet. Für die Amtsbezirke Erlach, Freiberge, Fraubrunnen, Frutigen, Interlaken, Konolfingen, Laufen und Laupen wurde das Aktenmaterial gesichtet, nach Gemeinden geordnet und innerhalb derselben chronologisch aufgestellt.

Die zur Sicherung wertvoller Archivbestände begonnenen Mikrofilmaufnahmen wurden weitergeführt und die II. Etappe zum Abschluss gebracht. Vom Kredit von Fr. 30 000, der zur Verfügung stand, wurden rund Fr. 23 500 verwendet. Die Arbeiten werden 1957 fortgesetzt und voraussichtlich zum Abschluss gebracht.

V. Inventare und Register

Die Erschliessung der Ämterbücher wurde fortgesetzt. Behandelt wurden die Ämter Thun und Wangen. Für 1957 bleiben noch einige kleine Ämter nachzuholen, dann wird diese wichtige und nützliche Arbeit abgeschlossen sein.

Vom Gesamtregister der Regierungsratsprotokolle von 1895 bis 1904 wurde die Reinschrift begonnen. Die Arbeit nimmt mehr Zeit in Anspruch, als vorgesehen war, immerhin wird sie wohl 1957 zum Abschluss gebracht werden können.

Für die Urkundenfächer Bistum Basel und Freiburg wurden neue Inventare angefertigt, ebenso wurden in Ergänzung der Abteilung «Unnütze Papiere» dort vier Bände über Savoyer Briefe und Varia neu formiert und inventarisiert.

Von den Berner Offizieren des holländischen Dienstes im 18. Jahrhundert wurde ein eingehendes, die Grade vom Capitän-lieutenant aufwärts berührendes Verzeichnis angelegt.

Neu inventarisiert wurden an Urkunden die den Amtsbezirk Bern betreffende Gruppe und an Plänen die 1955 von den Oberingenieuren der Kreise Burgdorf und Biel abgelieferten Bestände.

Fortgesetzt wurden das Emblemenverzeichnis zur Wappenkartei, zum Abschluss gebracht die Einreihung der Saaner Wappensammlung Marti-Wehren, nachgeführt die Karteien der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Auszüge aus dem «Bund» und der Bibliothek.

VI. Führungen und Ausstellungen

Führungen im Staatsarchiv, verbunden mit Ausstellungen, fanden statt für zwei Klassen und einen Sonderkurs des Oberseminars, für eine Klasse Seminar Muristalden, für die Fortbildungsschule PTT unter Leitung von Sekundarschulinspektor Friedli und für die Bezirksschulklasse III, Zuchwil (Solothurn).

An nicht eigenen Ausstellungen beteiligte sich das Archiv in Bern, in der Schulwarte, anlässlich der Tagung «Tradition und neue Zeit» und in Pruntrut an der Ausstellung über die Geschichte der jurassischen Pädagogik.

VII. Lehrerfortbildungskurse

Im Berichtsjahr fand, unter Leitung des Assistenten, ein von der bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform organisierter Kurs für die alte Konferenz Schwarzenegg des Bernischen Lehrervereins vom 17. bis 22. September im Staatsarchiv statt. Diese Kurse sind für die Förderung der bernischen Geschichte und Heimatkunde von grossem Wert.

VIII. Wissenschaftliche Arbeiten, Gutachten, Berichte

Im Berichtsjahr ist der lange erwartetete Band X der Fontes rerum Bernensium erschienen. Mit seiner sehr sorgfältigen Bearbeitung und der Herstellung des Registers hat sich der scheidende Archivadjunkt Emil Meyer ein wissenschaftliches Verdienst erworben.

Der Staatsarchivar hat gemeinsam mit seinen Mitarbeitern von der Burgerbibliothek in den Schriften der

Burgerbibliothek einen Band «Berner Erinnerungen aus der Übergangszeit» herausgegeben.

Im Berichtsjahr erschien, auf dem Quellenmaterial des Staatsarchivs fussend, der von Prof. Hermann Rennefahrt bearbeitete Band IV, 2. Teil, der Berner Stadtrechtsquellen. Diese bedeutende Veröffentlichung erschliesst der Wissenschaft und Landesgeschichte wichtigste handschriftliche Bestände unseres Archivs.

IX. Bezirks- und Gemeindearchive

Im Berichtsjahr wurden die Bezirksarchive von Delsberg und Münster besichtigt und in Verwaltungsfragen beraten.

Die Gemeinden Büren, Kandersteg und Zollikofen sowie Peuchapatte nahmen zur Ordnung ihrer Archivangelegenheiten die Hilfe des Staatsarchivs und seines Personals in Anspruch.

X. Ehemals fürstbischöflich-baselsches Archiv

In der Inventarisierung der Bestände wurde fortgefahren. Im Berichtsjahr wurde durchbearbeitet die Abteilung B 281 Schaffnerei Sultz. Die wichtige Abteilung A 37, Pruntruter Colleg, befindet sich noch in Bearbeitung.

Von den chronologisch aufgestellten Pergamenturkunden des bischöflichen Archivs wurde ein Verzeichnis erstellt; es handelt sich um über 3000 Nummern.

XI. Hallwyl-Archiv

Der Hallwyl-Fonds betrug am 1. Januar 1956 Fr. 15 957.80. Er beträgt am 31. Dezember 1956 Fr. 16 304.50. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 407.65.

Es wurden in bescheidenem Umfange Werke über die Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

Bern, den 31. Mai 1957.

Der Regierungspräsident:

Dr. Bauder

Vom Regierungsrat genehmigt am 2. Juli 1957.

Begl. Der Staatsschreiber: **Schneider**